

P.b.b. – Erscheinungsort Graz  
Verlagspostamt 9500 Villach  
GZ11Z038873  
Retouren an Postfach 555 • 1008 Wien

**AK**   
www.akstmk.at

Nr. 9/Juli 2012 | www.akstmk.at

# ZAK

**ZEITUNG DER KAMMER FÜR ARBEITER  
UND ANGESTELLTE FÜR STEIERMARK**

Foto: Mat Hayward - Fotolia

## Bello ciao

Mit dem Hund im Urlaub unterwegs,  
gut versichert auf Reisen  
Seiten 12 bis 13

### Pendlerglück

AK trägt Beihilfe des Landes für  
weitere zwei Jahre mit.

Seiten 6/7

### Ruhrpott

Strukturwandel in alten Industrie-  
regionen in der Endlosschleife

Seiten 8 und 9

### Nachhilfekosten

Steirische Eltern blechen elf  
Millionen für den Schulerfolg.

Seite 15

## ZAK inhalt

In Österreich läuft etwas schief ... 4/5

Was Autofahrer im Ausland dabeihaben müssen 6

Pendlerbeihilfe wird um zwei Jahre verlängert 6/7

Strukturwandel im Ruhrpott als Daueraufgabe 8/9

Ernährungstipps 10

Obolus bei Zahlung ohne Kundennummer 11

Urlaubsfeeling für Hund und Katz 12

Bergunfälle: Weitblick vor dem Gipfel nötig 13

AK-Workshops machen Lust auf gesunde Jause 14

Nachhilfekosten sind ein Armutszeugnis 15

Der kleine Unterschied ist doch recht groß 16

Arbeitgeber haftet bei sexueller Belästigung 16/17

ExpertInnentipps und Leserforum 18

Satire/Willi Tell 19

Zeitensprung: Charta 77 zerbröselst Ostblock 20/21

Blitzlichter 22/23

JaW-Zentrum Liezen & Haderers Cartoon 24

# Freiwillige nun besser abgesichert

**Freiwilligenarbeit** ist in einer Gesellschaft unverzichtbar: Nun regelt das Freiwilligengesetz auch die Rahmenbedingungen für das soziale Engagement.

Laut Sozialminister Rudolf Hundstorfer leisten 43,8 Prozent der Österreicher ab 15 Jahren in irgendeiner Form Freiwilligenarbeit, die „die soziale Qualität in unserem Land“ zusätzlich bereichert. Gleichzeitig betont der Minister, dass freiwillige Arbeit „niemals hauptberufliche, bezahlte Erwerbsarbeit ersetzen kann und darf“.

## Freiwilligenjahr ab 18

Das mit 1. Juni in Kraft getretene Freiwilligengesetz legt die Rahmenbedingungen für die Absolvierung eines „freiwilligen Sozialjahres“, eines „freiwilligen Umweltschutzjahres“, eines Gedenkdienstes in Österreich sowie eines Gedenk-, Friedens- oder Sozialdienstes im Ausland fest. Am freiwilligen Jahr können

Personen ohne einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung nach Vollendung des 17. Lebensjahres teilnehmen, bei besonderer Eignung auch nach dem 16. Lebensjahr.

## Taschengeld

Die TeilnehmerInnen müssen eine einmalige freiwillige praktische Hilfstätigkeit in der Dauer von sechs bis zwölf Monaten bei einem vom Sozialministerium anerkannten Träger bzw. einer zugewiesenen Einsatzstelle im Inland ausüben. Dafür erhalten sie ein Taschengeld in der Höhe von 188,13 bis 376,26 Euro oder 50 bis 100% des monatlichen Betrages der Geringfügigkeitsgrenze.

Das Gesetz sieht eine verpflichtende Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung

vor. Außerdem sind Mutter-schutzgesetz, Dienstnehmerhaftpflichtgesetz und das Arbeitsruhegesetz teilweise in ihren schutzrechtlichen Bestimmungen anzuwenden. AK-Experte Alexander Perissutti: „Jugendlichen ist während des Einsatzes pro Woche ein zusammenhängender Zeitraum von zwei ganzen Kalendertagen inklusive Sonntag freizugeben. Pro Tag dürfen sie nicht länger als 8 Stunden beschäftigt werden.“

## Urlaubsanspruch

Bei einem Einsatz von 12 Monaten besteht ein Urlaubsanspruch von 25 Tagen, bei kürzerem Einsatz im aliquoten Umfang. Während der Freistellung gebührt auch das Taschengeld. Bis zum vollendeten 24. Lebensjahr besteht Anspruch auf die Familienbeihilfe.

## Was versichern?

Vom Gesetz unberührt bleibt der Bereich der Haftpflicht- und Rechtsschutzversicherung. Konsumentenschützer Thomas Wagenhofer empfiehlt eine private Haftpflichtversicherung, damit auch Schäden, die der privaten Sphäre des Jugendlichen zuzurechnen sind, versichert sind. Gerade im Ausland könnten die Ansprüche eines Geschädigten sehr hoch sein. Empfehlenswert sind auch eine Rechtsschutzversicherung und eine private Unfallversicherung.

Achtung: Minderjährige, also Jugendliche unter 18 Jahren, brauchen zum Abschluss einer Versicherung die Genehmigung der Eltern.

[rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)



Soziales Engagement ist unverzichtbar: Freiwilligenarbeit ist nun auch gesetzlich geregelt. (Bildbox)



Das neue ÖGB Präsidium mit Landessekretär Wolfgang Waxenegger (links): LAbg. Helga Ahrer, Horst Schachner, AK-Präsident Walter Rotschädl, Norbert Schunko und Franz Haberl. (Foto: Langmann)

# ÖGB will Arbeit „gerecht verteilen“

„Wir müssen nicht nur die Steuerlast, sondern auch die Arbeit gerecht verteilen“: Für den ÖGB-Landesvorsitzenden Horst Schachner führt kein Weg an einer weiteren Arbeitszeitverkürzung vorbei.

Es ist höchste Zeit für eine Verkürzung der gesetzlichen Arbeitszeit und eine Verteuerung der Überstunden“, forderte Schachner bei der 21. Landeskonferenz des ÖGB. Zur Rettung des sozialen Friedens vor dem Hintergrund der Krise sei die Erhaltung bzw. der Ausbau des Sozialstaates notwendig: „So lange wir Hunderte Milliarden für Banken haben, so lange Hunderte Milliarden an Steuern hinterzogen werden, so lange können wir uns locker einen Sozialstaat leisten.“ Generell stehe Europa am Scheideweg zwischen sozialer Marktwirtschaft und Verteilungskampf. In dieselbe Kerbe schlug ÖGB-Bundesvorsitzender Erich Foglar. Neoliberale Kräfte sähen die Krisenbewältigung als Chance, den Sozialstaat zurecht zu stützen. Dem setze der ÖGB die Kampagne „Sozialstaat fairbessern“ entgegen, denn: „Nicht die Sozialstaaten haben die Staatsschulden

ansteigen lassen, es waren die Kosten der Krisenbewältigung“.

## Umfrage

Dem Motto der Landeskonferenz „Betriebsrat & Personalvertretung – Herausforderungen der betrieblichen Interessenvertretung“ entsprechend, präsentierte ÖGB-Landessekretär Wolfgang Waxenegger eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts SORA unter 5.000 steirischen BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen. Die wichtigsten Ergebnisse:

- Das Arbeitsklima in den Betrieben beschreiben zwei Drittel als „gut“.
- 42% schätzen die Zukunft ihres Betriebs gut ein.
- Drei Viertel der Befragten geht es in ihrer Rolle als BelegschaftsvertreterIn gut, allerdings mit einem starken Gefälle zwischen freigestellten und nicht freigestellten BelegschaftsvertreterInnen.

• die Gewerkschaft wird insgesamt gut bewertet, drei Viertel fühlen sich gut über die Arbeit der Gewerkschaft informiert. Mit der Betriebsbetreuung sind 73 Prozent zufrieden, mit der Arbeit des ÖGB 68%.

• Ein Wermutstropfen ist die negative Einschätzung hinsichtlich der Rekrutierung von Nachwuchs: 81% geben an, es sei schwierig, InteressentInnen für die Belegschaftsvertretung zu finden.

## Neuwahlen

Bei den Neuwahlen ins ÖGB-Präsidium wurden Horst Schachner als Landesvorsitzender sowie AK-Präsident Walter Rotschädl und FCG-Vorsitzender Franz Haberl bestätigt. Neu ins Präsidium zogen LAbg. Helga Ahrer, die bei der Frauenkonferenz zur neuen ÖGB-Landesfrauenvorsitzenden gewählt wurde, sowie GPA-djp-Landesgeschäftsführer Norbert Schunko ein.



Walter Rotschädl  
AK-Präsident

## ZUR SACHE

„Mit diesem Sparkurs steuert Europa auf einen Selbstmord zu.“ Mit diesen drastischen Worten warnt einer der bekanntesten Ökonomen der Welt, Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, vor einer Abwärtsspirale: Rigorose Sparprogramme führen zu schrumpfender Wirtschaft. Dies wiederum bedeutet we-

## SELBSTMORD

niger Steuereinnahmen und die Defizite steigen weiter. Damit beißt sich die Katze in den Schwanz: Falsch verstandene Sparpolitik führt nicht zu sinkenden, sondern sogar zu steigenden Verschuldungsgraden, weil gleichzeitig die Wirtschaftsleistung sinkt. Von der explodierenden Arbeitslosigkeit gar nicht zu reden.

Das sollte eigentlich auch dem verbohrtesten Sparfanatiker in Wirtschaftswissenschaft und Politik einleuchten. Tut es aber nicht: Anstatt mit Investitionen in Beschäftigung, Ausbildung und soziale Dienstleistungen gegen die Krise anzukämpfen, reitet sich Europa mit dem „Fiskalpakt“ nur weiter hinein. Die für diese Investitionen notwendigen Mittel wären vorhanden, wenn endlich der Finanzsektor und die Vermögenden stärker besteuert würden.

**Das Leben wird immer** teurer, hört man an allen Ecken. Tatsächlich haben kleinere Einkommen zuletzt einen empfindlichen Kaufkraftverlust hinnehmen müssen.

## Teuerung frisst das Einkommen auf



Abwiegen, was man einkauft: Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie belasten besonders Bezieher niedriger Einkommen. (detailblick – Fotolia)

Die Statistik belegt, was viele von uns seit Jahren spüren: Das Einkommen hält mit der rasanten Preisentwicklung nicht mit, oder mit anderen Worten: Das Leben wird ständig teurer. Beim Vergleich der Einkommens- und Preisentwicklung zeigt sich, dass Haushalte mit geringem Einkommen (weniger als knapp 1.900 Euro im Monat) seit dem Jahr 2005 einen Kaufkraftverlust von 0,5 Prozent hinnehmen mussten. Die Teuerung trifft deshalb Geringverdiener so hart, weil fast jeder Euro in den Konsum lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen fließt. Ein Durchschnittsverdiener gibt allein für die Bereiche Wohnen (24%), Verkehr (15%) und Nahrungsmittel (12%) rund die Hälfte seines Einkommens aus. Und gerade in diesen Bereichen war die Inflation in den vergangenen Jahren besonders hoch. Höherwertige Güter, die kaum teurer oder

sogar billiger wurden, wie Computer, Unterhaltungselektronik und Ähnliches, werden von Haushalten mit geringen Einkommen kaum angeschafft.

### Lohnsteuer

Zur schwachen Kaufkraftentwicklung haben auch die immer höheren Steuern auf Lohn Einkommen beigetragen. Trotz aller Steuerreformen ist das Steueraufkommen aus Arbeit stärker gestiegen als die Lohnsumme. Die Arbeiterkammer fordert eine konsequente Bekämpfung der Inflation. So könnten die Reallöhne gesichert, der Konsum stabilisiert und ein Wirtschaftswachstum entwickelt werden. Wichtig, so die AK, seien zudem regelmäßige Untersuchungen und Analysen der Preise bei Nahrungsmitteln, Energie und Verkehr. Bei entsprechenden Maßnahmen seien Österreich und die EU gefordert.

## Es läuft etwas schief ...

Beschäftigte in Fabriken oder in Büros und Familien beim Einkauf kämpfen gegen eine Schiefelage an: Fernsehspots zeigen, dass das Leben teurer wird, dass die Steuern für die Beschäftigten hoch sind und dass wir für die Finanzspekulation die Zeche zahlen. Ein großer Würfel mit der Aufschrift „Wir sind über 3 Millionen Stimmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit“ fällt vom Himmel und rückt die schiefe Ebene gerade. Die AK will auf das große Problem aufmerksam machen, das derzeit die politische Lage in Österreich und Europa prägt: Alles spricht vom Sparen, während aufseiten neuer Einnahmen nichts weitergeht und auf das Wirtschaftswachstum völlig vergessen wird. Die AK wirft ihre bundesweit mehr als drei Millionen Mitglieder in die Waagschale, um auf politischer Ebene Gehör zu finden und ein Umdenken zu bewirken.

## Investitionen in soziale Dienste

**Mehr Arbeitsplätze und Lebensqualität** für die Bevölkerung versprechen Investitionen in soziale Dienstleistungen, argumentiert die Arbeiterkammer.

Statt überwiegend zu sparen, so die Forderung der Arbeiterkammer, sollten neue Einnahmen einen Spielraum für Investitionen schaffen. Die AK sieht vor allem Investitionen in soziale Dienstleistungen als Gebot der Stunde: Dadurch würden einerseits Arbeitsplätze entstehen und sich die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern, andererseits würden sich solche Investitionen bereits nach wenigen Jahren auch ökonomisch rechnen. Als Beispiel nennt die AK den Ausbau der Kinderbetreuung. Die Kosten wären innerhalb kurzer Zeit durch höhere Steuereinnahmen beglichen, und danach würde sogar zusätzlich Geld in die Staatskassen fließen.

### Neue Perspektiven

Investitionen in das Sozialsystem eröffnen benachteiligten

Gruppen Perspektiven. Bei Jugendlichen, älteren Beschäftigten, Frauen und Migranten etwa bleiben derzeit viele Potenziale ungenutzt. Eine bessere Kinderbetreuung, ein dichteres Pflegenetz, ein Recht auf Ausbildung, ein flächendeckendes Angebot an schulischer Nachmittagsbetreuung, Gesundheitsförderung in den Betrieben und altersgerechte Arbeitsplätze würden direkt und indirekt vielen Menschen in Österreich neue Beschäftigungschancen bieten.



Ausbau der Kinderbetreuung bringt mehr Lebensqualität. (yamix-Fotolia)

## Österreich Oase der Reichen -

**Die zehn Prozent** der Reichsten in Österreich haben mehr als die Hälfte an Geld- und Grundvermögen. Steuern zahlen sie kaum.

Die Verteilung an Geld- und Immobilienvermögen in Österreich ist ungerecht: Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen 54 Prozent des Geldes und 61 Prozent aller Immobilien. Allein das reichste Prozent, also die Superreichen, besitzen 300 Milliarden des Gesamtvermögens. Auf der anderen Seite besitzen die ärmsten 40 Prozent gerade fünf Prozent des Geldes und gar keine Immobilien. Bei der Finanzierung der

Staatsausgaben hingegen sind die Beiträge der Reichen bescheiden: Gerade 0,56 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen vermögensbezogene Steuern in Österreich. Im internationalen Vergleich ist das sehr wenig. Der Durchschnitt der OECD-Länder ist dreimal so hoch. Während die Lohnsteuern im vergangenen Jahrzehnt stärker gestiegen sind als die Lohnsumme, ist es zum Beispiel bei den Steuern auf die Gewinne der



Spekulation durch Finanztransaktionssteuer bremsen (Fotolia)

Unternehmen umgekehrt: Die Gewinne haben um 56 Prozent zugelegt, die Steuern darauf nur um 27 Prozent. Einer der Auslöser der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise war die Finanzspekulation. Enorme Geldsummen wurden und werden unbesteuert hin- und hergeschoben. Die AK fordert deshalb eine Finanztransaktionssteuer. Kurzfristige Spekulation würden unterbunden, Wechselkurse, Rohstoffpreise und Aktienkurse würden stabiler. Zudem wären mit den Einnahmen Mittel für Investitionen frei.

IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF:  
HOHE PREISE MACHEN DAS LEBEN KAUM LEISTBAR.



WIR SIND ÜBER  
3 MILLIONEN  
STIMMEN  
FÜR MEHR  
VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.

Für gerechte und leistbare Preise

**AK**  
www.akstmk.at  
GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

## Smarte Apps für Öffi-Infos

Fahrplanauskünfte in Echtzeit, Routenplanung für Bus, Bahn und Bim: Nutzer von Smartphones haben den öffentlichen Verkehr griffbereit in der Westentasche. Seit 19. April gibt es die steirische Fahrplanauskunft BusBahnBim in einer mobilen Version, erhältlich auf Google Play oder im App-Store unter dem Suchbegriff busbahn bim. Auch Scotty, der Routenplaner der ÖBB, ist via Handy nutzbar. Innerhalb der Steiermark kann auf BusBahnBim nach Haltestellen, Adressen und wichtigen Punkten gesucht werden. Zu jeder Fahrt werden Tarifinfos angezeigt, Haltestellen und Fußwege können auf einer interaktiven Karte eingesehen werden. Wer noch kein smartes Handy hat, kann Auskünfte auch per SMS einholen: einfach eine Kurznachricht mit dem Kürzel „at Graz“ an die Nummer 828 20 200 schicken. Als Antwort erhält man die nächsten Zugabfahrten ab Hauptbahnhof.

# Pendlerbeihilfe von wird um zwei Jahre -

**Gute Nachricht für 10.000 PendlerInnen:** Die Beihilfe des Landes und der AK wird um weitere zwei Jahre verlängert, die Einkommensgrenze erhöht.

Während die Treibstoffpreise immer weiter nach oben klettern, ist die Pendlerbeihilfe seit 2009 unverändert geblieben, begründet Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser seinen Vorstoß, trotz Sparpakets die Beihilfe zu erhöhen.

**Höhere Grenze** Möglich ist dies durch eine Anpassung der Bruttoeinkommensgrenze von derzeit 28.300 auf 29.715 Euro pro Jahr; für jedes versorgungspflichtige Kind erhöht sich dieser Betrag



AK-Präsident Walter Rotschädl und Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser vereinbarten Verlängerung der PendlerInnenbeihilfe. (Foto: Langmann)

# Land und AK verlängert

um 2.972 Euro. Schrittwieser bedankte sich für die „hervorragend gelungene“ Kooperation mit der Arbeiterkammer, die rund 400.000 Euro Kosten im Jahr plus die gesamte Administration übernommen hat.

### Positive Rückmeldungen

AK-Präsident Walter Rotschädl begründete das „spontane Einspringen“ der Arbeiterkammer damit, dass die Pendlerbeihilfe den schlechtestverdienenden Beschäftigten zugutekommt. „Wir haben viele positive Rückmeldungen erhalten, weil wir die Anträge sehr unbürokratisch erledigen.“

Heuer seien bereits 5.440 Anträge (für das Jahr 2011) abgehakt und ausbezahlt worden. Im Durchschnitt erhalten die zu 70 Prozent weiblichen An-

tragsteller 116 Euro pro Jahr. Zur Vertragsverlängerung mit dem Land Steiermark meinte Rotschädl: „Das Geld für die nächsten zwei Jahre ist sinnvoll eingesetzt.“ Landesrat Schrittwieser betonte zu der bescheiden klingenden Erhöhung der Beihilfe: „Jede Erleichterung ist eine Erleichterung“, weil eine Personengruppe profitiere, die es dringend brauche.

### 300 bis 500 mehr Bezieher

Der AK-Präsident rechnet durch die Erhöhung der Einkommensgrenzen mit 300 bis 500 mehr Anträgen. Im Vorjahr bezogen genau 9.832 SteirerInnen die Pendlerbeihilfe des Landes und der AK. Insgesamt wurden 1,1 Millionen Euro an Förderungen ausbezahlt.

[rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)



Angst vor dem gesundheitlichen Absturz: Jede zweite steirische Führungskraft befürchtet stressbedingte Schäden. (Kurhan - Fotolia)

# Die Leiden der Leitenden

**Das Stimmungsbarometer** steirischer Führungskräfte zeigt auf bewölkt: Jeder zweite leitende Angestellte befürchtet, mittelfristig gesundheitliche Schäden durch den stressigen Job zu erleiden.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten hat die Stimmungslage in den Führungsetagen steirischer Betriebe erhoben und ist auf einige Überraschungen gestoßen. Demnach sind 90 Prozent der Führungskräfte oft beruflichem Stress ausgesetzt, fasst GPA-djp-Geschäftsführer Norbert Schunko die Antworten von 223 Angestellten aus sämtlichen Branchen zusammen. 60 Prozent haben insgeheim Angst, mittel- oder langfristig gesundheitliche Schäden zu erleiden.

Als Alarmzeichen sei zu werten, dass ein Drittel bereits Burnout-Symptome wie Schlafstörungen und nächtliches Herzrasen bei sich festgestellt habe. Weitere Problemfelder: 40 Prozent der Führungskräfte sind mit ihren All-in-Verträgen unzufrieden, 33 Prozent sind nicht dem Arbeitszeitgesetz unterwor-

fen. Die Selbstausschöpfung bei leitenden Angestellten zeigt sich auch darin, dass 40 Prozent der Befragten nie die vorgeschriebene Ersatzruhe in Anspruch nehmen.

### Tücken der All-in-Verträge

„Ein hoher Anteil der Dienstverträge hat eine Geheimhaltungsklausel“, kritisiert Schunko, was eine Überprüfung der Verträge erschwert. Die Gewerkschaft fordert daher die jährliche Durchrechnung von Überstunden auch bei All-in-Verträgen. Job-Einsteigern, die erst nach Jahren die Tücken solcher All-in-Verträge erkennen, bietet die Gewerkschaft einen Vertragscheck vor der Unterschrift an, verweist Regionalsekretär Christian Jammerbund auf einen neuen Service der Interessengemeinschaft [work@professional.in.der.gpa-djp](mailto:work@professional.in.der.gpa-djp). [rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)

# Alkotest und Feuerlöscher

**Andere Länder, andere Vorschriften:** Die ZAK sagt Ihnen, was Sie auf Reisen ins Ausland verpflichtend im Auto dabei haben müssen.

Wer mit dem Auto auf Reisen geht, muss diverse Dinge mit sich führen, die in Österreich nicht vorgeschrieben sind: Ab 1. Juli 2012 verlangen die Franzosen zum Beispiel von jedem Autolenker einen Einweg-Alkotest im Gepäck. Die Tests sind in französischen Supermärkten, Apotheken und Tankstellen-shops erhältlich. Sie kosten weniger als fünf Euro – teuer wird es also nur, wenn man keinen mit dabei hat. Feuerlöscher verlangen unter anderem Bulgarien, Griechenland, Rumänien und die Türkei. Weitere Länder empfehlen das Mitführen des Feu-

erlöschers. Warnwesten für alle Fahrzeuginsassen sind in den meisten Nachbarländern vorgeschrieben (Italien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn). Auch ein zweites Warndreieck wird häufig verlangt: entweder generell oder für Autos mit Anhänger. In Serbien und Spanien ist ein Reservereifen mitzuführen oder aber ein Reparaturset. Abschleppseile brauchen Reisende durch Serbien und Mazedonien. Ersatzlampensets sind in den meisten Balkanländern verpflichtend und in zahlreichen anderen empfohlen.

### Formulare & Ausweise

Auch Formulare und Ausweise sind auf Reisen gefragt. Der Europäische Unfallbericht, ein Standardformular, das im Ernstfall auszufüllen ist, gilt nur in Serbien als verpflichtend. Empfohlen wird er für alle Reisen durch Europa. Die grüne Versicherungskarte, also der international anerkannte Nachweis, dass das Auto ordnungsgemäß versichert ist, muss nur außerhalb der EU mitgeführt werden. Ratsam ist es jedoch, diese Karte immer dabeizuhaben. Auch der Führerschein muss mit in den Urlaub. Außerhalb der EU wird häufig sogar der Internationale Führerschein benötigt, beispielsweise beim Mieten eines Autos. In manchen Ländern reicht auch

eine Übersetzung des Führerscheins. Diese wird von den Autofahrerclubs durchgeführt. Besonders vorsichtig sein müssen österreichische Jugendliche: In Italien wird der L 17-Führerschein nicht anerkannt; Deutschland diskutiert gerade über die Wiedereinführung der Anerkennung. Wer mit einem geborgten Auto über die Staatsgrenze fährt, sollte eine Benützungsvollmacht des Zulassungsinhabers mitnehmen, ansonsten kann er des Autodiebstahls verdächtigt werden. Und bitte nicht vergessen: Auch innerhalb der Schengen-Grenzen muss der Pass oder Personalausweis immer mit dabei sein. **Ursula Jungmeier-Scholz**

# Pflegeheim-KV: AK erfolgreich

Auch auf Alten- und Pflegeheime ist der BAGS-KV (nun: Kollektivvertrag Sozialwirtschaft Österreich) anzuwenden, entschied der OGH in einem aktuellen Urteil. Anlassfall waren rund 200 DienstnehmerInnen, die sich an die AK gewandt hatten. Ihre Dienstgeber hatten den wesentlich ungünstigeren Privatkrankenanstalten-KV angewendet, weil der Schwerpunkt in der ärztlichen Betreuung liege. Bereits das Erstgericht kam, so Mag. Jörg Obergruber von der AK Leoben, zum Ergebnis, dass es sich beim Dienstgeber weder um eine Krankenanstalt handelt, noch der Schwerpunkt des Pflegepersonals in

der ärztlichen Betreuung liegt, sondern in der Pflege der Bewohner. Diese Rechtsansicht bestätigte nach dem Zweitzuggericht nun der OGH.

### Schadenersatz

Das Oberstgericht hat erfreulicherweise auch rückwirkend Schadenersatz für eine seit Anfang 2009 mögliche höhere KV-Einstufung grundsätzlich zugestanden. Der OGH begründet dies damit, dass die Verletzung der Informationspflicht gleichzeitig eine Verletzung der besonderen Fürsorgepflicht eines Arbeitgebers bedeute, zumal es hier zweifellos um vermögensrechtliche Interessen der Arbeitnehmer geht.

**Kommunale Schuldenberge**, die höher sind als die begrünter Abraumhalden der früheren Kohlegruben, Industriedenkmäler neben Einkaufszentren und Technologieparks – das Ruhrgebiet als größter industrieller Ballungsraum Deutschlands kämpft seit drei Jahrzehnten mit dem Strukturwandel, der zu einer unendlichen Geschichte wird.

Der Strukturwandel ist mühsam, langwierig und hat kein Ende“ – so lautet die Sisyphos-Aufgabe in der ehemaligen Montanregion für Frank Baranowski, den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen. Die letzte von sieben Zechen in der nur noch 260.000 Einwohner zählenden Stadt hat vor vier Jahren geschlossen. Eine dauerhafte Kompensation für Stahl und Kohle ist schwer zu finden. Der Traum von einer Textilindustrie war nach ein paar Jahren eine Seifenblase; bei der Zukunftssenergie, der Produktion von Fotovoltaik-Elementen, hat man die Rechnung ohne die

weil man Defizite möglichst früh beheben will.

#### Solidarpakt für den Westen

Als Strategie der Ruhr-SPD sieht Baranowski auch die enorme Schwierigkeit, alle 53 Gemeinden des Reviers unter einen Hut zu bringen. Im Zuge des Wahlkampfes im Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde von maroden Kommunen ein Solidarpakt für das Ruhrgebiet gefordert, weil es derzeit den größten Förderbedarf habe. „Gelsenkirchen zahlt jedes Jahr bis zum Jahr 2019 zehn Millionen, die wir nicht haben, für den Aufbau im Osten.“ Und an die Adresse



Sozialer Wohnbau neben der als Erholungsziel gestalteten Abraumhalde (alle Fotos: Franz X. Fromm/AK)



Das Industriedenkmal Zollverein in Essen erinnert an die glanzvolle Steinkohlenära. – Rechts: Der Innenhafen soll Duisburg neu erstrahlen lassen.



# Strukturwandel hört niemals auf

chinesischen Billigproduzenten gemacht.

#### Schwerpunkt Bildung

„Insgesamt sind wir wieder dabei, uns neu zu erfinden“, gibt der charismatische Lokalpolitiker einer AK-Delegation gegenüber offen zu, dass das Rezept für einen geglückten Wandel nichts für Ungeduldige sei. Weil die Arbeitslosigkeit mit 14 Prozent noch immer hoch ist, fordert er einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose und setzt vehement auf Bildung. In den Pott wurden früher bloß ungelernete Arbeitskräfte geholt, erklärt der Nachfahre polnischer Einwanderer: „Für künftige Arbeitsplätze brauchen wir qualifizierte Menschen.“ Alle Gelsenkirchener Grundschulen haben ein Ganztagsangebot, in allen Kindertagesstätten gibt es Sprachförderprogramme,

der schwarz-blauen Bundesregierung gerichtet erinnert der Oberbürgermeister daran, dass die Städte 70 bis 80 Prozent der Realsteuereinnahmen für die Arbeitslosigkeit ausgeben: „Das bricht uns das Genick über kurz oder lang“, warnt Baranowski. Außerdem



Gelsenkirchens OB Frank Baranowski (l.): Erfinden uns gerade wieder neu.

brauche man Förderprogramme für Rückbauten im Wohnbau, da die Bevölkerungszahl um 30 Prozent geschrumpft sei. Trotz des harten Sparkurses zeichnet Baranowski eine sympathische Anpackhaltung aus: Sein Slogan lautet „Einfach kann jeder“, weil man es

eben mit schwierigen Aufgaben aufnehme.

#### Vom Ruß-Image befreit

„Du bist keine Schönheit, vor Arbeit ganz grau“, sang Herbert Grönemeyer einst seiner Heimatstadt Bochum ein Liebeslied. Wer das mit 5,5 Millionen Menschen dicht besiedelte und rund 70 Kilometer lange Revier durchstreift, wundert sich über ausgedehnte grüne Landstriche, um die sich der Regionalverband Ruhr überkommunal annimmt. Mit einem relativ bescheidenen Jahresbudget von 53 Millionen Euro (und 370 Mitarbeitern) kümmert sich diese Behörde um Regionalplanung, Wirtschaftsförderung und die Sicherung von Erholungsflächen. Claudia Horch kann auf einige Musterprojekte verweisen, die realisiert wurden. Mit dem Logport Duisburg, der rund

4.500 Mitarbeiter beschäftigt, entstand ein Logistikknoten, der Warenströme von den Nordseehäfen Rotterdam und Antwerpen aufnimmt und über ganz Europa verteilt. In Bochum entsteht ein Gesundheitszentrum nahe der erst in den 60er-Jahren gegründeten Ruhr-Universität, mit Nanotechnologie beschäftigt sich ein Kompetenzzentrum mit 14 Betrieben. Der Regionalverband sieht den vom Ruß-Image befreiten Ruhrpott auf dem Weg zu einer „industriebasierten Wissensregion“. Allerdings könne Strukturpolitik nicht die Schwächen anderer Politikfelder kompensieren. In einigen Städten (Duisburg, Gelsenkirchen und Hagen) beträgt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mehr als 30 Prozent.

#### Nach Bedarf fördern

Der ehemalige NRW-Staats-

minister Wolfram Kuschke verlangt im Gespräch mit den steirischen Gästen ein innerdeutsches Solidarprogramm und Förderungen nach Bedarf. Er wünscht sich einen dialogorientierten Politikertyp, der in der Kommunalpolitik Prozesse weitaus stärker moderiert. Man habe im Ruhrgebiet, wie der Titel einer nüchternen Bestandsaufnahme durch vier Sozialwissenschaftler heißt, „Viel erreicht – wenig gewonnen“. Die Lösungsvorschläge der Wissenschaftler: Städte entschulden, Strukturförderung an überlokale Kooperation knüpfen und höhere Bildungsinvestitionen. Über Probleme, geeignete Fachkräfte für ThyssenKrupp Stahl zu finden, kann Ausbildungsleiter Hans-Dieter Sperlich in Bochum ein vielstimmiges Lied singen. Immerhin bildet der Stahlkonzern 1.158 Lehrlinge an fünf Standorten

aus. Nur fehle es vielfach den Jugendlichen an Arbeitsbereitschaft und Aufstiegswillen. In den Ruhrpott-Metropolen gibt es übrigens ein starkes Nord-Süd-Gefälle: im Süden die Villen und im Norden riesige Wohnkomplexe.

#### Das Besondere finden

Mit dem Streben der Kommunen, dass alle das Gleiche wollen, wird der Wandel nicht einfacher. Oberhausen hat auf dem Gelände der ehemaligen Stahlwerke ein gigantisches Einkaufszentrum errichtet, aber nicht den Abwärtstrend durch den Verlust von 50.000 Arbeitsplätzen gestoppt. Außerdem bietet das Ruhrgebiet eine unheimlich dichte Kulturszene, leider können sich einige Städte ihre Opernhäuser, Theater oder Museen nicht wirklich leisten. Ein Beispiel für einen gelungenen musealen Erhalt der Vergangenheit

stellt das Welterbe Zollverein in Essen dar: Auf dem Gelände des Steinkohlebergbaus wurde die Kohlenwäscheanlage neben dem monumentalen rostroten Förderturm zu einer Besucherattraktion umgebaut, in der die Funktionsabläufe der Kohlenaufbereitung nach-erlebt werden können.

Die Duisburger schließlich sind stolz auf ihren Innenhafen. Speicher und Mühlen entlang des alten Hafenbeckens wurden saniert, mit trendigen Bars und attraktiven Wohnvierteln ergänzt. Der Strukturwandel hat seine Aushängeschilder; am besten für den Pott wäre es, wenn jede Stadt etwas Besonderes bieten würde. Dafür braucht es Kooperationsbereitschaft und das Aufdrehen des Förderhahns. Denn, wie Frank Baranowski lapidar meint: „Ohne Moos nichts los.“ [rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)



Voll Vital

**Ernährungstipps**  
von  
**Dr. Michaela Felbinger**

## So schmeckt Büroalltag

Ein ausgefüllter Arbeitstag, da passiert es leicht, dass man aufs gesunde Essen vergisst. Doch ein bewusster Blick auf Pausensnacks & Co lohnt sich besonders auch in stressigen Zeiten, denn was wir essen, zeigt Wirkung.

Die richtige Auswahl fördert nicht nur die Konzentration, sondern unterstützt den Erhalt der Leistungsfähigkeit. Grundsätzlich gilt „Qualität vor Quantität“. Die vielseitige Zusammenstellung der Mahlzeiten mit Kohlenhydraten, Eiweiß, Vitaminen und Mineralstoffen sowie ausreichend Flüssigkeit macht „Brain Food“ aus. Wählen Sie fettarme Nahrungsmittel, und erlauben Sie sich Panniertes nur ab und zu. **Kohlenhydrate** sind der optimale Energielieferant für das Gehirn. Alle Kohlenhydrate werden zu Traubenzucker (Glukose) abgebaut. Die regelmäßige und ausreichende Versorgung mit Traubenzucker ist für Leistungsfähigkeit und Konzentration notwendig, weil das Gehirn keinen „Vorratsspeicher“ anlegen kann. Doch Kohlenhydrate sind nicht gleich Kohlenhydrate. Zucker zeigt nur „Kurzzeitwirkung“, da der Blutzucker rasch ansteigt, aber ebenso schnell wieder abfällt. Besser ist der Griff zu Kohlenhydraten mit „Langzeitwirkung“ (komplexe Kohlenhydrate). Brot, Nudeln, Reis, Kartoffeln, aber auch Obst, Gemüse oder Trockenfrüchte versorgen den Körper konstant mit Energie. Übrigens: Vollkornprodukte sind vitaminreich und halten noch länger fit. Das Gehirn braucht Eiweiß für die Bildung von Nervenzel-

len und Nervenbotenstoffen, beispielsweise Serotonin, das stressdämpfend und als „Wohlfühlhormon“ wirkt.

**Vitamine und Mineralstoffe** Sie sorgen für den reibungslosen Ablauf von Zellfunktionen. Für das Gehirn beson-



ders wichtig: Vitamin B, C und E sowie Magnesium und Eisen. **Das ideale Frühstück:** Zuckerfreies Müsli mit Früchten und fettarmem Joghurt, Vollkornbrot, Vollkorntoast mit wenig Butter, Marmelade, Honig oder belegt mit Käse/Wurst (mager), dazu etwas Obst sind ideale Basis für den Tag. Was können „Frühstücksmuffel“ tun? Kleinfangen mit einem Trinkjoghurt oder Frucht-Smoothie.

**Mittagessen im Büro** Häufig ist eine Aufwärmöglichkeit vorhanden. Vorgekochte Suppen, Aufläufe, Quiche, Nudel- oder Reisgerichte (mit Salat als Beilage oder Obst als Nachtisch) eignen sich beson-

ders. Übriggebliebenes von zu Hause kann so zum Highlight im Büro werden.

Ansonsten bieten sich alle Salate bis hin zum Nudel- oder Reissalat an. Brote mit mageren Käse- und Wurstsorten, Topfen- und Gemüseaufstriche, Gemüse oder Kräuterbe-

lag. Eine Suppe aus der Thermosflasche ist eine schmackhafte Alternative. **Zwischendurch:** Um Heißhunger oder Leistungstiefs zu verhindern, eventuell Zwischenmahlzeit einplanen. Ideal Obst, fettarme Milchprodukte oder Nüsse und Trockenfrüchte (aufgrund ihres Kaloriengehaltes in Maßen genießen). Vermeiden Sie jedoch ständiges Naschen während der Arbeit.

Auch ausreichende Flüssigkeitszufuhr ist wichtig für die Konzentration. Über den Tag verteilt regelmäßig trinken. Keine zuckerhaltigen und damit kalorienreichen Getränke wählen. Wasser, stilles Mineralwasser, verdünnte Fruchtsäfte oder ungezuckerte Kräutertees sind optimal. Nehmen Sie sich Zeit fürs Essen. Wenn möglich, verlassen Sie Ihren Arbeitsplatz. Vermeiden Sie das gleichzeitige Lesen von E-Mails, Telefonieren. Essen Sie immer im Sitzen, nicht im Stehen oder Gehen. Essen Sie langsam und bewusst, und versuchen Sie die Pause auch als Pause zu genießen.

**E-Mail: dr.felbinger@tmo.at**

## Limit „light“ bei Handykosten

Im Mai trat die Verordnung zur Kostenbeschränkung bei Handys in Kraft. Vom Schutz vor zu hohen Telefonrechnungen wurde leider nur eine Minimalvariante durchgesetzt. „Der wesentlichste Mangel der Verordnung besteht darin, dass nur die Internetnutzung erfasst ist“, kritisiert AK-Expertin Mag. Maria Wollersberger-Linder. „Die Kosten fürs Telefonieren und für SMS können weiterhin ungehindert – und vom Verbraucher unbemerkt – explodieren.“ Für MMS und die Telefonnutzung im Ausland waren bereits im Erstentwurf keine Beschränkungen geplant.

Für die Nutzung eines mobilen Internets oder Internetsurfens via Handy gibt es ein zweistufiges System zur Kostenbeschränkung: Zunächst erfolgt eine Warnung – zumindest per SMS, wenn in einem Abrechnungszeitraum zusätzlich zur Grundgebühr 30 Euro an Kosten angefallen sind. Surft der Konsument trotz Warnung weiter, kann der Anbieter bei Erreichen des inkludierten Datenvolumens oder sobald Kosten in der Höhe von 60 Euro angefallen sind, wieder zwischen zwei Varianten wählen. Entweder sperrt er den Zugang zum Internet, oder er ermöglicht – gratis! – eine weitere Nutzung. Dabei kann er unter Umständen die Geschwindigkeit der Datenübertragung einschränken. Im Falle der Sperre muss der Verbraucher darauf hingewiesen werden, dass das Internet für ihn ab sofort nicht mehr zugänglich ist. Will der Konsument jedoch weitersurfen, muss er über die anfallenden Kosten informiert werden und telefonisch das Kundenkennwort bekannt geben. „Jugendliche, die das Kennwort wissen, können ihren Eltern auf diese Weise exorbitante Telefonrechnungen aufhalsen“, gibt Wollersberger-Linder zu bedenken.



Wieder fünf Euro in die Rechnung geschwindelt? Einige Telekom-Anbieter kassieren bei Rechnungen ohne Kundennummer ein Zusatzentgelt. (Minerva Studio-Fotolia)

## Obolus bei Zahlung ohne Kundennummer -

**Unternehmen verlangen neuerdings** ein Entgelt, wenn sie eine Einzahlung dem Kunden erst zuordnen müssen. Probleme bereiten Zahlschein und Dauerauftrag.

Praktisch, pünktlich, ohne Risiko – bisher galt die Begleichung von Rechnungen mit Dauerauftrag als angenehme Lösung. Doch plötzlich bekam ein Steirer von seinem Mobilfunkanbieter eine Rechnung, auf der zusätzlich fünf Euro an Kosten aufschienen. Bei Anfrage wurde ihm erklärt, die Kosten entstünden durch die Notwendigkeit, seine Zahlung, die keine Kundennummer enthielt, manuell nachzubearbeiten. „Seit Kurzem verlangen einige Telekom-Anbieter ein Entgelt, wenn eine Zahlung aufgrund fehlender Angabe der Kundennummer nicht gleich elektronisch dem richtigen Verbraucher zugewiesen werden kann“, erklärt Peter Jerovschek. Probleme treten einerseits bei Daueraufträgen auf, die keine Kundennummer enthalten, aber auch beim Telebanking

oder wenn nicht der Original-Zahlschein verwendet wird. Derzeit handhaben es nur Mobilfunkanbieter so, vermutlich werden über kurz oder lang aber sämtliche Unternehmen nachziehen. „Unternehmen, die einen entsprechenden Passus in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen eingeführt haben, dürfen ein Entgelt für die Zahlungszuweisung verlangen“, betont der AK-Experte. Den meisten Kunden jedoch ist eine derartige Änderung der Geschäftsbedingungen entgangen.

### Kundennummer angeben

Zur Sicherheit sollte man bei jeder Rechnungsbegleichung die Kundennummer angeben, beim Telebanking oder bei Verwendung eines nicht originalen Zahlscheins in der Rubrik Verwendungszweck. Daueraufträge sollten

so geändert werden, dass die Kundennummer automatisch angegeben wird.

### Zahlscheingebühr

Kosten, die Unternehmen für die manuelle Zuweisung einer Zahlung verlangen, haben nichts mit der umstrittenen Zahlscheingebühr zu tun, auch wenn beide ein „Körpergeld“ für Firmen bringen. Die Zahlscheingebühr verlangten Unternehmen von jenen Kunden, die eine Einzugsermächtigung verweigerten. Pro Erlagschein waren ein bis fünf Euro zu berappen, weil diese Zahlungsmodalität für das Unternehmen unbequem ist. Das Zahlungsdienstegesetz hat dieses Erlagschein-Entgelt mit 1. November 2009 verboten, aber noch immer halten sich nicht alle Unternehmen daran. Ein Verfahren darüber ist derzeit beim Europäischen Gerichtshof anhängig.

## Unfallgefahr im Kleingedruckten -

**Im Versicherungsfall** sind Kunden oft entsetzt, wie wenig ihre Unfallversicherung zahlt. Vorab beraten lassen ist besser als ärgern.

Franz M. hat als vorsorglicher Mensch eine Unfallversicherung abgeschlossen. Die Summen auf der Polizze erschienen ihm hoch, und er fühlte sich rundum sicher. Doch dann kam der Ernstfall: Er zog sich beim Wandern einen Kreuzbandriss zu und benötigte eine Kreuzbandplastik. Das heißt, er bekam einen Kreuzbandersatz aus eigenem Sehnenmaterial. In der Fachsprache der Versicherungen gilt diese Verletzung als 15-prozentige Minderung des „Beinwertes“. Bei Verlust des gesamten Beinwertes läge eine Invalidität von 70 Prozent vor. So sind es nur 15 Prozent der 70 Prozent, also rund zehn Prozent Invalidität.

Als die Versicherung 4.134 Euro und 30 Cent überwieß, konnte Herr M. diese Summe nicht auf seiner Polizze finden. Seiner Meinung nach hätte er 41.343 Euro bekommen müssen. So stand es im Vertrag. „In diesem Punkt sind bedauerlicherweise viele Versicherungspolizzen verwirrend formuliert“, kritisiert die Leiterin des AK-Konsumentenschutzes, Mag. Bettina Schrittwieser. „Von der genannten Summe bekommt man immer nur jenen Prozentsatz ausbezahlt, der dem Ausmaß der Behinderung entspricht. Die volle im Vertrag genannte Summe erhält man also nur bei 100 Prozent dauerhafter Invalidität.“ „Derartige böse Überraschungen lassen sich vermeiden“, betont Schrittwieser. Sie rät, die Unterlagen von mehreren Anbietern einzuholen. Zur Übersetzung des Kleingedruckten empfiehlt sie, sich im AK-Konsumentenschutz beraten zu lassen. Sinnvollerweise vor Vertragsunterzeichnung.

## Fitnessstudio nur für Hellseher?

Eine Kette von Fitnessstudios verwendete verwirrende Formulierungen zum Kündigungsrecht aus Gesundheitsgründen. So hätte man heute schon wissen sollen, was morgen passiert. „Gesundheitliche Beschwerden zeigen sich oft erst während des Trainings“, erklärt AK-Expertin Mag. Birgit Auner. „Überhaupt waren die Kündigungsmodalitäten in den Verträgen so ungeschickt formuliert, dass selbst unter ExpertInnen keine eindeutige Auslegung möglich war.“ Der Vertrag galt auch für Erben. Außerdem hätten Verbraucher im Falle einer Studioschließung oder eines Standortwechsels keine Rechtsansprüche auf Preisminderung oder außerordentliche Kündigung gehabt. Aufgrund von Beschwerden erwirkte der VKI im Auftrag der AK eine Unterlassungserklärung. Beanstandete Formulierungen müssen aus dem Vertrag entfernt werden.



Mit Bello auf Reisen: Innerhalb der EU wurden Bestimmungen vereinfacht. (Gorilla -Fotolia)

# Urlaubsfeeling für Hund und Katz

**Wer mit Tieren** unterwegs ist, sollte sich über Einreisebestimmungen informieren und eigenes Körbchen, Futter und Medikamente mithaben. Die Alternative heißt Tierpension.

Die gute Nachricht: Mit Jahresbeginn 2012 wurden die Einreisebestimmungen für Vierbeiner wie Hunde, Katzen und Frettchen innerhalb der EU vereinfacht: Haustiere, die älter sind als drei Monate, benötigen nur noch den EU-Heimtierausweis, der belegt, dass sie gegen Tollwut geimpft und mit einem Chip gekennzeichnet sind. „Dieser elektronische Mikrochip beweist, dass Tier und Ausweis zusammengehören, hilft aber auch dabei, ein entlaufenes Tier wiederzufinden“, erklärt Mag. Birgit Eisenpaß-Fabian. Eine Bandwurmbehandlung bei Hunden ist nur für die

Einreise nach Finnland, Norwegen, Großbritannien, Irland und Malta ein bis fünf Tage vor der Abreise durchzuführen. Schwieriger ist das Reisen mit Tieren in diverse Nicht-EU-Länder: Mazedonien, Montenegro, Serbien, die Ukraine und die Türkei verlangen immer noch einen Bluttest auf Tollwut-Antikörper. Wurden die Antikörper nachgewiesen und ordnungsgemäß alle Auffrischungsimpfungen vorgenommen, muss der Test nur einmal im Leben des Tieres durchgeführt werden. Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Russland und Serbien verlangen zudem ein aktuelles veterinärmedizinisches Gesundheitszeugnis.

### Alternative Tierpension

All diese Dokumente werden auch benötigt, wenn man die genannten Länder nur auf der Durchreise quert! „In jedem Fall empfiehlt es sich, vor An-

tritt einer Reise mit Tier(en) die Einreisebestimmungen aller bereisten Länder durchzulesen“, rät die AK-Expertin. Besitzer von Kampfhunden – oft auch Mischlingen – müssen aufpassen: Für ihre Tiere gelten in manchen Ländern Sonderbestimmungen. Bei Reisen mit Bahn, Flugzeug oder Schiff sind jeweils Transportvorschriften zu beachten, über die man sich früh genug informieren sollte.

Wem die Reise mit Hund, Katz und Co zu stressig erscheint, dem stehen als Alternativen Tierpensionen zur Verfügung. In der Steiermark gibt es einige davon; die Kosten belaufen sich auf 10 bis 30 Euro pro Tag. Vorsicht: Zusatzleistungen wie Hundefriseur oder Spezialtrainings werden extra verrechnet. Wer sichergehen möchte, dass sein Liebling den Urlaub nicht im Zwinger verbringen muss, sollte sich vorab genau informieren.

**Bergrettungsaktionen** nach einem Alpinunfall sind eine teure Angelegenheit. Wer Wandern, Klettern und Skifahren unbeschwert genießen will, sorgt für den Ernstfall vor.

Weitblick brauchen Wanderer und Bergsteiger bereits lang vor dem Gipfel: Da die gesetzliche Sozialversicherung bei Alpinunfällen den Transport ins Tal finanziell nicht abdeckt, sollten all jene, die gerne wandern, bergsteigen, Ski fahren oder Gleitschirm fliegen, eine eigene Versicherung dafür abschließen. Denn ein paar Tausend Euro an Bergungskosten fallen im Gelände bald einmal an. Wer sich am Dachstein das Bein bricht und die Rettung ruft, wird zuerst einmal von der Bergrettung ins Tal befördert; bei Skiunfällen übernimmt das die Pistenrettung. Im Tal wartet dann das Rettungsauto und bringt den Verletzten in das Krankenhaus. Kaum heilt der Bruch, steht dem Genesenden eine saftige Rechnung ins Haus. „Die Krankenversicherung übernimmt lediglich die Rettungsfahrt ins Spital. Der Einsatz der Bergrettung muss vom Betroffenen selbst finanziert

# Weitblick vor dem Gipfel gefragt

werden und kann durchaus 1.000 Euro kosten“, erklärt AK-Experte Thomas Wagenhofer.

### Höhenflug der Kosten

Richtig teuer wird es, wenn der Abtransport nur per Hubschrauber möglich ist. Je nach Einsatzdauer und benötigtem Personal kann ein derartiger Transport auch 5.000 Euro kosten, im Schnitt sind es gut 2.500 Euro. Lawineneinsätze sind wesentlich kostspieliger. Auch hier übernimmt die GKK bestenfalls einen Bruchteil der Kosten. Jeder Hubschrauber-Einsatz wird nämlich im Nachhinein auf seine Notwendigkeit hin geprüft. Stellen die Gutachter der Krankenkasse fest, dass eine Hubschrauber-Bergung gerechtfertigt war, bekommt man pauschal 894,93 Euro erstattet.

„Den meisten Wanderern ist dieses finanzielle Risiko nicht bewusst“, so Wagenhofer. Ist die betroffene Person geschäftsfähig und bei Bewusstsein, kann sie einen



Vor dem Gipfelsturm empfiehlt sich der Abschluss einer privaten Unfallversicherung. (Netzer -Fotolia)

Flugtransport auch ablehnen und stattdessen zur nächsten Liftstation gebracht werden.

### Versicherungsscheck

Wenig Unannehmlichkeiten haben jene, die vorab eine private Unfallversicherung abschließen. Davor sollte man überprüfen, ob ein Versicherungsschutz nicht bereits vorhanden ist. ARBÖ-Sicherheitspass und ÖAMTC-Schutzbrief decken auch Alpinunfälle ab. Ebenso versichert sind die Mitglieder der Naturfreunde oder des Alpenvereins sowie die Förderer der Bergrettung. Selbst Kreditkarten-Verträge beinhalten oft eine meist eingeschränkte Unfallversicherung. Allerdings unterscheiden sich die genannten Versicherungen ganz wesentlich in Bezug auf die Versicherungssumme. „Sehr gut vorgesorgt für Bergunfälle haben jene, die beim Alpenverein oder bei den Naturfreunden Mitglied sind“, meint der AK-Experte. **Ursula Jungmeier-Scholz**

## ZAK info

### Reisegepäck für Haustiere

- Für Hunde und Katzen unbedingt eingepackt werden sollten: das gewohnte Körbchen sowie Futter- und Wassernapf. Das Futter nimmt man am besten mit, da bei einer Ernährungsumstellung häufig Durchfall auftritt. In die Reiseapotheke gehören Beruhigungsmittel für anstrengende Reisen, Heilsalbe gegen rissige Pfoten, eine Zeckenzange und Medikamente, die man für seinen Liebling auch daheim gerne vorrätig hat.

- Wer sein Tier liebt, lässt es nie in der Hitze im Auto, sorgt am Strand für Schatten und ausreichend Trinkwasser. Bei Reisen in den Süden darf das Hundefell nicht frisch geschoren sein – es dient nämlich als Hitzeschutz!

IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF: MIT UNSEREM GELD ZAHLEN WIR ALLE FÜR DIE VERLUSTE DER SPEKULANTEN.

WIR SIND ÜBER 3 MILLIONEN STIMMEN FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.

Für eine strenge Regulierung der Finanzmärkte

**AK**  
www.akstmk.at  
GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

**Nach großem Medienecho** präzisiert die Arbeiterkammer ihre Umsetzungstipps für Schulbuffets und leitet SchülerInnen in Ernährungsworkshops an, zu einer gesunden Jause zu greifen.

# Anleitung zur gesunden Jause -

Energie Drinks und zuckerreiche Getränke haben nichts im Sortiment eines Schulbuffets verloren“, ist für Mag. Susanne Bauer ein Ergebnis des AK-Schulbuffet-reports, wonach zu viele Süßigkeiten und wenig Fleischlosos die Pausen an steirischen Schulen füllen. „Das Angebot an fleischlosen Brotaufstrichen sollte unbedingt erweitert werden.“ Dafür bieten sich vegetarische Aufstriche auf Getreide- und Hülsenfrucht-basis an, wie das regionale Produkt Käferbohnen. Verzichtet werden sollte auf Wurstsorten mit hohem Fettgehalt. Laut Studienautorin Martina Karla Steiner ist auch das Gemüseangebot dürftig: „Essiggurkerln sollten nicht

das Gemüse Nummer 1 sein“, wünscht sie eine größere Bandbreite. Da Kinder lieber geschnittenes Obst essen, sollte man mehr Obstsalate anbieten. Reduktion ist bei der Größe von Mehlspeisen und Süßigkeiten Trumpf. Schließlich wird das Ausprobieren von warmen vegetarischen Gerichten empfohlen.

## Spielerisch

„Jugendliche haben einen anderen Zugang zur gesunden Ernährung als Erwachsene“, weiß Mag. Ursu-



Iss dich g'scheit: AK bietet Ernährungsworkshops an. (HP\_Photo)

la Strohmayr, die Leiterin der AK-Bildungs- und Jugendabteilung. Daher wurden für die Unter- und Oberstufe Workshops konzipiert, bei denen auf spielerische Art die Zusammenhänge von Ernährung und Gesundheit aufgezeigt werden. „Die SchülerInnen sollen lernen, ihr Essverhalten bewusst selbst zu bestimmen und Eigenverantwortlichkeit zu stärken“, nennt Ernährungstrainerin Astrid Muhr als Ziel. Die Workshops (mit einer Aufsichtsperson der Schule) finden im AK-Bewer-bungszentrum, Rebengasse 11, 8020 Graz, statt und können ab September gebucht werden. Termine unter Tel. 05/7799-2352 oder [bjb@akstmk.at](mailto:bjb@akstmk.at). [rudolf.willgruber@akstmk.at](mailto:rudolf.willgruber@akstmk.at)

## bfi: Seminarkalender mit neuen Angeboten



Das bfi Steiermark erleichtert Ihnen über den Sommer mit beigelegtem bfi-Seminarkalender das Finden von attraktiven Aus- und Weiterbildungsangeboten in Ihrer Region. Gleich aufklappen und rasch eines der Angebote von Juli bis Dezember 2012 auswählen. Das ist sicherlich für jede/n etwas

dabei: ob Werkmeisterschule, Berufsreifeprüfung, Lehre mit Matura oder außerordentliche Lehrabschlussprüfung. Also reinschauen, auswählen und gleich online auf [www.bfi-stmk.at](http://www.bfi-stmk.at) anmelden! Für alle Wissenshungrigen vormerken: Im September erscheint das bfi-Bildungsprogramm für 2013.

## Wallisch-Drama nach Bertold Brecht

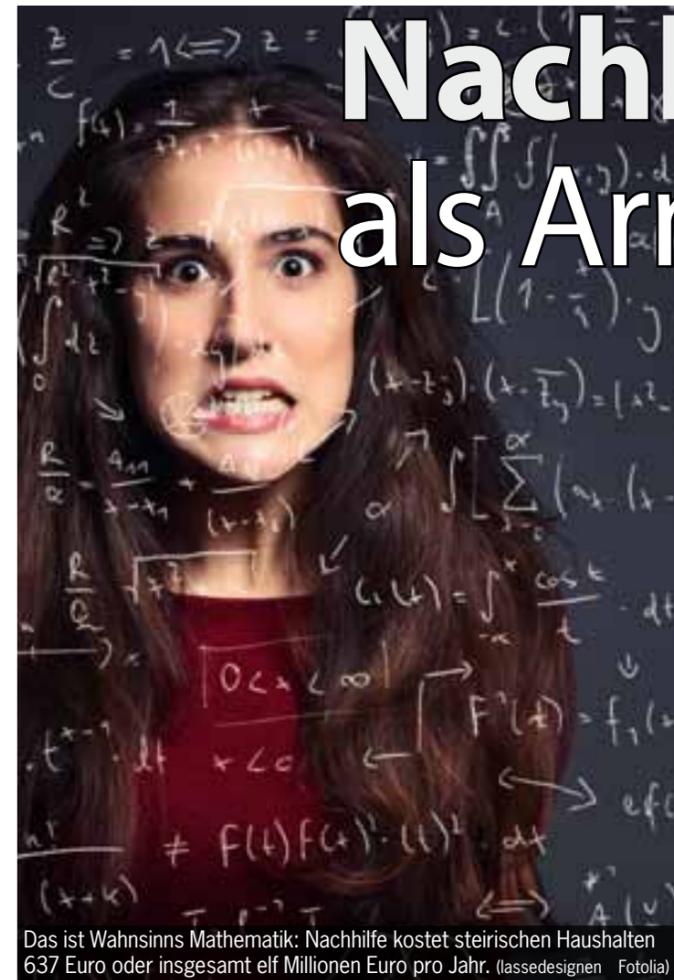
**Die Februarkämpfe 1934** haben auch Bertold Brecht inspiriert. Nach seinen Textfragmenten entstand das Drama „Koloman Wallisch“.

In zwei Stunden werde ich sterben, aber andere werden das fortsetzen, was ich nicht mehr kann.“ Diesen Satz aus dem Abschiedsbrief, den Koloman Wallisch vor seiner Hinrichtung am 19. Februar 1934 geschrieben hatte, zitiert Bertold Brecht im Handlungsplan für seine „Koloman-Wallisch-Kantate“, die der große Dramatiker 1935 im dänischen Exil geschrieben hatte, die aber Fragment blieb.

Nach neuen Funden von Brecht-Manuskripten verfasste der Schweizer Theaterautor und Brecht-Forscher Werner Wüthrich das Drama „Koloman Wallisch“, bei dem

er sich auf Brechts Handlungsplan stützte. Gedichte aus dem Brecht-Fragment hat der Schweizer Autor in seinen Theatertext eingebaut. Damentext, Handlungsplan sowie ein Essay zur Entstehungsgeschichte der Kantate sind Inhalte des Buches „Koloman Wallisch – Drama nach Bert Brecht“, das Wüthrich im Innsbrucker Studienverlag veröffentlichte.

Bei einer Buchpräsentation der Volkshochschule Leoben diskutierte der Autor und AK-Bereichsleiter Werner Anzenberger über den historischen Bezugsrahmen.



Das ist Wahnsinns Mathematik: Nachhilfe kostet steirischen Haushalten 637 Euro oder insgesamt elf Millionen Euro pro Jahr. (lassedesignern Fotolia)

# Nachhilfekosten als Armutszeugnis

„Unser Schulsystem wird den Anforderungen nicht mehr gerecht.“ Diesen Schluss zieht AK-Präsident Walter Rotschädl aus einer aktuellen Nachhilfe-Erhebung im Auftrag der AK. Nachhilfekosten in der Steiermark insgesamt: stolze elf Millionen Euro.

Die Zahlen, die das Meinungsforschungsinstitut IFES erhoben hat, stellen dem Schulsystem ein denkbar schlechtes Zeugnis aus:

- Nur 20 Prozent der befragten Haushalte geben an, dass ihren Kindern eine externe Nachmittagsbetreuung zur Verfügung steht.
- 78 % sind daher gezwungen, mit ihren Kindern zu lernen, 32% täglich.
- 24% benötigen Nachhilfe, 17% bezahlen dafür.
- Und das nicht zu knapp: Jene Haushalte, die bezahlte Nachhilfe für ihre Kinder benötigen, geben dafür durchschnittlich nicht weniger als 637 Euro aus.
- 45% fühlen sich durch diese Ausgaben stark bzw. spürbar belastet.

Ein pikantes Detail ist, dass fast ein Drittel der Nachhilfe-Haushalte angibt, Nachhilfe für ihr Kind von einem Lehrer erhalten zu haben. Für den AK-Präsidenten ein Unding: „Dass vielleicht derselbe Lehrer, der im regulären Unterricht den Stoff nicht optimal vermitteln kann, am Nachmittag anderen Schülern Nachhilfe gibt und sich damit ein Körbchengeld verdient, geht gar nicht.“

## Soziale Selektion

Nachhilfekosten fördern nach Ansicht Rotschädls die soziale Selektion. Auch die Tatsache, dass die durchschnittlichen Ausgaben im Jahresvergleich

von 691 auf 637 Euro und die Gesamtausgaben von 13 auf elf Millionen zurückgegangen sind, ist für Rotschädl kein gutes Zeichen: „Die Meinungsforscher deuten das als Anzeichen, dass sich immer weniger Nachhilfe im erforderlichen Ausmaß leisten können.“ Dafür spreche auch, dass immerhin 8% der Haushalte ohne Nachhilfe angaben, sie hätten gerne Nachhilfe für ihre Kinder gehabt.

## Abhilfe

Abhilfe sehen drei Viertel der Befragten in „generell mehr Förderunterricht an den Schulen“ und in „schulischer Nachmittagsbetreuung mit individueller Förderung“. Aber nicht nur Kritik am Schulsystem, auch Kritik an den Lehrern selbst klingt durch: Neun von zehn Befragten sehen als wichtigste Maßnahme, „den Unterricht so zu gestalten, dass die Kinder den Lehrstoff wirklich verstehen“.

AK-Präsident Walter Rotschädl sieht aufgrund dieser Zahlen erneut die Richtigkeit der Forderungen des Bildungsvolksbegehrens bestätigt: „Unser Schulsystem mit halbtägigem Frontalunterricht hat ausgedient. Wir brauchen ganztägige Schulformen mit individueller Förderung als Regelschule.“

Die Nachhilfe-Studie 2012 finden Sie im Internet unter [www.akstmk.at](http://www.akstmk.at).

[berndt.heidorn@akstmk.at](mailto:berndt.heidorn@akstmk.at)

## SPORTZEIT



### Beachvolleyball

**GL Leoben**, Trofaiach, 1.7.2012, Beginn 10 Uhr  
**GL Graz und Graz-Umgebung**, Freizeitzentrum Frohnleiten, 26.8.2012, 10 Uhr

### Stocksport

**GL Oststeiermark**, ESV Weiz, Nordhalle, 1.9.2012, Beginn 7 Uhr  
**GL Murtal**, Viktoria Zeltweg, 1.9.2012, Beginn 7 Uhr  
**GL Liezen**, ESV Selzthal, 2.9.2012, Beginn 8 Uhr  
**GL Feldbach/Fürstenfeld**, Stocksporthalle Raabau, 7.9.2012, Beginn 18 Uhr  
**GL Voitsberg**, Köflach, 8.9.2012, Beginn 7 Uhr  
**GL Leibnitz**, Kaindorf, 9.9.2012, Beginn 8 Uhr

**GL Mürztal**, Sportzentrum Kindberg, 9.9.2012, 7 Uhr  
**Landesmeisterschaft**, Freizeitzentrum Frohnleiten, 15.9.2012, 7 Uhr

### Wandertag

**Lachtal** 1.7.2012  
**Familienradwandertag Weiz** 9.9.2012

**Sie-und-Er-Kegeln Deutschlandsberg**, Sportkegelbahnen Jufa, 3., 8. und 10.10.2012

### Infos

Christoph Kacherl, AK-Betriebssportbüro, Tel. 05/7799-2357, [christoph.kacherl@akstmk.at](mailto:christoph.kacherl@akstmk.at)  
Astrid Muhr, Tel. 05/7799-2352, [astrid.muhr@akstmk.at](mailto:astrid.muhr@akstmk.at)



Gleiche Bezahlung im gleichen Job? Die Gleichstellung steht oft nur auf dem Papier. (icetastock - Fotolia)

## Der kleine Unterschied ist doch recht groß

**Erste Einkommensberichte** zeigen, wie ungerecht entlohnt wird. Gefruchtet haben Sanktionen bei den Stellenanzeigen: Nun werden Gehälter genannt.

Deutliche Ungerechtigkeit enthüllen die neuen Einkommensberichte: „20 bis 30 Prozent Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen in derselben Verwendungsgruppe sind durchaus Standard, in einem Fall war es gar die Hälfte“, berichtet AK-Gleichstellungsreferentin Mag. Bernadette Pöcheim. An sie haben sich einige steirische Betriebsräte mit der Bitte um Kontrolle der Einkommensberichte gewandt.

Heuer mussten auch Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten Berichte den Betriebsräten übergeben. Im Vollausbau des Stufenplanes ab 2014 sind alle Betriebe mit mehr als 150 Beschäftigten alle zwei Jahre zur anonymen Offenlegung der Gehälter verpflichtet. Diese Daten ermöglichen dann Gehaltsvergleiche für rund 60 Prozent der Arbeitnehmer. „Wenn man bedenkt, dass ein Großteil der Entgeltdiskri-

minierung dadurch stattfindet, dass Frauen in falsche Verwendungsgruppen eingestuft werden und weniger Vordienstzeiten angerechnet bekommen – beides Faktoren, die die Berichte gar nicht erfassen können –, ist das Ergebnis umso erschreckender“, lautet Pöcheims Kommentar zu den ersten Berichten.

Für alle, die die Berichte rechtmäßig einsehen dürfen, herrscht selbstverständlich Verschwiegenheitspflicht. Aber auch denjenigen, die legalen Zugang zu den Daten haben, werden sie nicht immer gerne vorgelegt: Eine verärgerte Arbeitnehmerin hat sich an die AK gewandt, weil sie den Bericht lediglich unter Aufsicht der Personalchefin einsehen durfte. Außerdem nur so kurz, dass sie sich keine Notizen machen konnte – als würde sich der Arbeitgeber für seine Daten schämen.

Ein kleiner Hoffnungsschim-

mer bei der Gehaltstransparenz zeigt sich dort, wo es Sanktionen gibt: bei den Einkommensangaben in Stellenanzeigen. Als für fehlende Angaben Strafzahlungen bis 360 Euro drohten, machten nur fünf Prozent der Unternehmen die entsprechenden Angaben. Seit heuer gibt es Sanktionen – und plötzlich enthalten vier von fünf Stellenanzeigen eine Gehaltsangabe. Ganz glücklich ist die AK-Expertin dennoch nicht mit der Entwicklung. „Es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Da die meisten Unternehmen aber nur die gesetzliche Mindestvorgabe erfüllen und in den Stellenanzeigen lediglich den kollektivvertraglichen Mindestlohn anführen, entsteht ein verzerrtes Bild.“ Selten erfährt man, was dem Unternehmen eine bestimmte Arbeit objektiv gesehen wert ist.

**Ursula Jungmeier-Scholz**

## Auch haftet

**Im Fall einer sexuellen** Belästigung kann auch ein Arbeitgeber geklagt werden, der nicht für Abhilfe gesorgt hat. Selbst wenn er keine natürliche Person ist.

Allein unter Männern. Als eine Servicetechnikerin ihre Arbeit aufnahm, verschickte ihr Vorgesetzter an männliche Mitarbeiter des Unternehmens eine E-Mail mit dem Begleittext „Wir haben eine neue Servicetechnikerin, kann sein, dass das Geschäft mit den Wartungsverträgen jetzt steil bergauf geht ...“. Der Mail fügte er eine Videodatei bei, auf der eine Servicetechnikerin mit kurzem Rock und Strapsen unter dem Schreibtisch eines Kollegen hantiert. Verständlicherweise ließ sich die Betroffene das nicht gefallen und klagte.

„Im Fall einer sexuellen Belästigung kann auch der Arbeitgeber belangt werden – wenn er selbst der Täter ist oder wenn er es unterlassen hat, die Belästigung sofort nach Bekanntwerden abzustellen“, erklärt AK-Frauenreferentin Pöcheim.

### Haftung vom OGH geklärt

Nicht so einfach ist die Haftungsfrage, wenn der Arbeitgeber keine natürliche Person, sondern eine Personengesellschaft ist. Daher musste die Servicetechnikerin bis zum Obersten Gerichtshof gehen, um ihren Fall zu klären.

Außer Zweifel stand, dass es sich bei dem Vorfall um eine sexuelle Belästigung handelt. Schwieriger war die Einschätzung, ob das Unternehmen genug unternommen hat, um die Belästigung zu unterbinden, oder ob in diesem Fall gar der Firmenchef der Täter war. Zwar schien dieser nicht im Firmenbuch als Geschäftsfüh-

## Arbeitgeber bei Belästigung - der Karenz

rer auf, weil das Unternehmen eine Kommanditgesellschaft ist, bei der die Gesellschafter nicht selbst die Geschäfte führen. Der Oberste Gerichtshof hat aber letztlich entschieden, dass der Belästiger, auch wenn er formal nicht der Firmenchef ist, de facto diese Funktion ausübt und das Unternehmen daher auch für sein Verhalten haftet.

### Schutz für Jugendliche

Auch jene zwei Praktikantinnen, die in einem Kärntner Tourismusbetrieb sexuell belästigt wurden (wir berichteten), haben mittlerweile vor Gericht recht bekommen. Ihnen wurde ein Schadenersatz zugesprochen, und sie bekamen ihre Überstunden ausbezahlt. „Der finanzielle Schadenersatz bei sexueller Belästigung ist meist nicht sehr hoch und kann natürlich nichts wiedergutmachen“, betont Pöcheim. „Aber zumindest erleben die Betroffenen, dass das Fehlverhalten ihrer Peiniger Rechtsfolgen hat.“ Jugendliche, ob im Praktikum

oder in der Lehrzeit, werden vom Gesetz besser geschützt: Wenn ein Täter einen jungen Menschen unter Ausnutzung seines Autoritätsverhältnisses sexuell belästigt, gilt das beim Festsetzen der Strafe als Erschwerungsgrund.

### Hilfe für Betroffene

Mit Liebe und Erotik hat sexuelle Belästigung nichts zu tun. Darunter fällt ausschließlich von einer Seite unerwünschtes Verhalten – anzügliche Bemerkungen, indiskrete Fragen, unsittliche Berührungen, erzwungene Küsse und dergleichen. Wichtig ist es, sofort klarzustellen, dass die Annäherungen unerwünscht sind, die Übergriffe zu dokumentieren und sich an eine Vertrauensperson (mögliche/r Zeuge/in!) zu wenden. Um dem Täter endgültig das Handwerk zu legen, empfiehlt es sich, den Betriebsrat oder die Arbeiterkammer zu kontaktieren. Auch die Regionale Gleichbehandlungsanwaltschaft ist eine mögliche Anlaufstelle.

**Ursula Jungmeier-Scholz**

## Kündigung in der Karenz

**Wer nach dem 2. Geburtstag** seines Kindes in freiwillige Karenz geht, muss unbedingt extra einen Kündigungsschutz vereinbaren. Musterformulare gibt es im AK-Frauenreferat.

Nach der Geburt ihrer Tochter wollte eine Angestellte länger bei ihrem Kind bleiben und verlängerte die Karenz im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber über den zweiten Geburtstag hinaus. Damit hatte sie nicht bedacht, dass es bei einer freiwillig vereinbarten Verlängerung keinen speziellen Kündigungsschutz gibt. Prompt kündigte ihr Arbeitgeber zum frühestmöglichen Termin, nämlich vier Wochen nach Ende der arbeitsrechtlichen Karenz.

„Eine echte Karenz samt Kündigungsschutz und Rückkehrrecht in den alten Job ist nur bis zum 2. Geburtstag des Kindes möglich“, erklärt AK-Expertin Mag. Christina Poppe-Nestler. „Darüber hinaus kann zwar eine freiwillige Karenz mit dem Arbeitgeber ausgemacht werden. Ein entsprechender Kündigungsschutz ist aber extra zu vereinbaren.“ Musterbriefe da-

für können sich Eltern von der Homepage der AK Steiermark herunterladen.

### Elternteilzeit statt Karenz

„Ein beruflicher Wiedereinstieg ist auch trotz Kindergeldbezugs möglich“, betont Poppe-Nestler. „Wer bei Vollbeschäftigung die Zuverdienstgrenze überschreiten würde, kann in Elternteilzeit mit einer reduzierten Stundenanzahl in den Job zurückkehren.“ In diesem Fall verlängert sich der Kündigungsschutz sogar bis vier Wochen nach dem vierten Geburtstag des Kindes – sofern man dann noch in Elternteilzeit arbeitet.

Die Angestellte hatte immerhin Glück im Unglück: Aufgrund eines falschen Kündigungstermins konnte sie mithilfe der AK Schadenersatzansprüche für zwei Monate geltend machen: insgesamt rund 7.500 Euro. Einen neuen Job muss sie sich allerdings suchen.

**IN ÖSTERREICH LÄUFT ETWAS SCHIEF:  
ARBEIT WIRD HOCH BESTEUERT, VERMÖGEN KAUM.**

**WIR SIND ÜBER 3 MILLIONEN STIMMEN FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT.**

Für gerechte Steuern auf Vermögen und Gewinne

**AK**  
www.akstmk.at  
GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

## ZAK AUF ZACK

## DAS SAGEN EXPERTEN

## 3 Fragen, 3 Antworten

1 Was steht mir in einem Ferialjob zu?



Petra Rockenschau  
AK-Jugend  
Rechte im  
Ferialjob

2 Verjährt Urlaub während der Karenz?



Mag. Birgit Klöckl  
AK-Frauenreferat  
Urlaub und  
Karenz

3 Wann erhält man Versehrtenrente bei Berufskrankheit?



Mag. Klaus Dobaj  
AK-Sozialrecht  
Berufskrankheit  
und Rente

Generell darf ab Vollendung des 15. Lebensjahres und dem Abschluss der allgemeinen Schulpflicht (9 Jahre) ein Arbeitsverhältnis abgeschlossen werden. Am besten lässt man sich einen Arbeitsvertrag geben, in welchem das Gehalt schriftlich fixiert wird. Die täglichen Arbeitszeiten sollten immer mitgeschrieben werden. Jugendliche dürfen maximal 8 Stunden

täglich/40 Stunden wöchentlich arbeiten. Ein Krankenstand ist sofort im Betrieb zu melden, der Betrieb muss den Lohn weiterzahlen. Pro Monat besteht ein Urlaubsanspruch von 2,5 Werktagen. Wird dieser nicht verbraucht, muss er am Ende des Ferialjobs ausbezahlt werden. Es besteht auch ein Anspruch auf anteiliges Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Prinzipiell verjährt ein Urlaub zwei Jahre nach dem Ende jenes Urlaubsjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Das jeweilige Urlaubsjahr beginnt mit dem Eintrittsdatum in das Dienstverhältnis. Bei Inanspruchnahme einer Elternkarenz nach Mutterschutzgesetz verlängert sich die Zweijahresfrist um jenen Zeitraum, den die Karenz länger als zehn Monate dauert.

Bei zweijähriger Karenz wären das also 14 Monate. Eine Verjährung eines Urlaubsanspruches tritt daher am ehesten dann ein, wenn eine Elternkarenz in die nächste übergeht. Während der Elternkarenz selbst fällt kein Urlaubsanspruch an. Für ein Dienstjahr, während dessen man in Karenz geht, wird der nicht konsumierte Urlaub anteilmäßig berechnet („aliquotiert“).

Eine Berufskrankheit tritt bei einer berentungsfähigen verminderten Erwerbsfähigkeit ein. Momentan sind im Anhang zum ASVG 53 Berufskrankheiten angeführt. Pro Jahr werden rund 1.700 Fälle von Berufserkrankungen gezählt, dabei stehen Lärmschwerhörigkeit, Hauterkrankungen und allergisches Asthma an der Spitze. Wird die berufliche Tätigkeit durch eine Krankheit

eingeschränkt, besteht ein Anspruch auf eine Versehrtenrente. Bei einer schädigenden Tätigkeit, wie Hautkrankheit bei Friseurinnen, muss die Tätigkeit in diesem Beruf allerdings beendet werden, um eine Versehrtenrente zu erhalten. Der Anspruch auf eine Versehrtenrente wird nach Antrag beim Unfallversicherungsträger nach einer fachärztlichen Untersuchung entschieden.

ANREGUNGEN,  
LOB & KRITIK

## LESERFORUM



Schreiben Sie an ZAK-Redaktion  
Hans-Resel-Gasse 8-14, 8020 Graz  
E-Mail: redaktion@akstmk.at

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe nicht oder gekürzt zu veröffentlichen.

## Hilfreich

Thema: „15 Millionen für Mitglieder erstritten“

Auch mir stand die AK im Insolvenzfall unserer Firma 2008 hilf- und erfolgreich zur Seite. Glücklicherweise konnte ich anschließend als 59-Jähriger in einer wesentlich kompetenteren Firma weiterarbeiten. Nochmals besten Dank. Friedrich Platzer, Graz

## Ungleiche Behandlung

zum „Papamonat“

Leider werden in Österreich viel zu oft Kinderrechte mit Frauenrechten verwechselt. Oder Men-

schenrechte und Frauenrechte. Es ist ein Desaster, dass Karenz für Väter nur mit Billigung der Mütter möglich ist. Sollte die Zeit nicht dem Kind dienen? Die ungleiche rechtliche Behandlung von knapp der Hälfte der österreichischen Väter ist eine Schande.

Robert Mayr, maennerpartei.at

## Unsaubere Geschäfte

Arbeite in einer Reinigungsfirma, angemeldet für 15 Wochenstunden, habe aber im Frühjahr meist mehr als Vollzeit gearbeitet. Im März jede Woche bis zu 45 Wo-

chenstunden, dafür bekam ich nur 920 Euro ausbezahlt. Neulich musste ich einmal pro Woche mit einem extrem ätzenden Mittel ohne Atemschutz arbeiten. Ich hoffe einen kleinen Teil beizutragen, diesen Arbeitnehmer verachtenden Machenschaften ein Ende zu setzen. G. S., online

## Pflegefreistellung

Ich habe zwei kleine Kinder, zwei und fünf Jahre alt, und arbeite nun wieder Teilzeit. Können Sie mir sagen, wie viele Pflage tage ich maximal in Anspruch nehmen kann bzw. ab wie vielen Tagen ich

Urlaub nehmen muss?

Name der Redaktion bekannt – Red.: Der Anspruch pro Jahr beträgt die wöchentliche Arbeitszeit (inkl. regelmäßiger Überstunden).

## Post von Konsumentin

Ich wollte mich bei Ihnen bedanken: Kürzlich wurde mir von der Air Berlin bestätigt, dass ein Erstattungsbeitrag von 206,50 Euro demnächst auf meinem Konto eingehen wird. Schade eigentlich, dass man immer erst mit „großem Geschütz“ auffahren muss, bevor etwas geschieht. M.H.

## Einstein &amp; Einfalt

## Ein satirisches Doppel

VON  
Berndt Heidorn



Müller: Grüß Sie, Huber? Habens' schon gehört?

Huber: Was soll ich gehört haben?

Müller: Na, dass der Kärntner Landeshauptmannstellvertreter und Bildungsreferent körperliche Züchtigung in den Schulen wieder einführen will.

Huber: Na gehn s', jetzt übertreiben s' aber. Nur weil er meint, den pubertierenden Damen und Herren gebührt hin und wieder eine Tetschn? Er hat doch eh gsagt, nur eine Tetschn und keine Watschn.

Müller: Na, den Unterschied möchte ich Klavier spielen können.

Huber: Was man dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter allerdings vorwerfen muss, ist eine gewisse Fantasiosigkeit.

Müller: Wie darf ich denn das verstehen?

Huber: Es gibt ja schließlich auch noch die Gnackwatschn, die Kopfnuss, das Ohrenreiberl, den Popoklatsch mit Anlauf, den Spitz in den ...

Müller: Jetzt machen s' aber einen Punkt, Huber. Es dürfte doch wohl unbestritten sein,

dass Gewalt gegen Kinder weder in der Schule noch im Elternhaus etwas zu suchen hat!

Huber: Das hat der Mundl aber auch anders gesehen. Erinnern Sie sich noch, wie er seinem Sohn, dem Karli, dem Trottel, eine Watschn angetragen hat, dass ihm 14 Tag der Schädel wackelt?

Müller: Das war erstens Satire und zweitens in den 70er-Jahren. Da wurde die gesunde Watschn noch als pädagogisch wertvoll angesehen.

Huber: Ja und? In der Unterstufe hat mir der Mathes-Prof auch gelegentlich den Schlüsselbund auf den Schädel geschmissen. Und, hats mir vielleicht geschadet?

Müller: Wollen Sie darauf wirklich eine Antwort?

Huber: Sie, tun s' mich nicht produzieren! Ich bin nicht so blöd, wie ich aussehe!

Müller: Das wär aber auch eine Katastrophe. Aber zurück zum Thema: Warum, glauben Sie, macht der Scheuch so etwas?

Huber: Aus Lust an der Produktion.

Müller: Sie meinen wohl Provokation, Sie Dolm. Wie

kommen s' denn drauf?

Huber: Na wär ja nicht das erste Mal, dass ein Politiker seines Schlanges irgendeinen Schmarrn verzapft, damit er im Gespräch bleibt. Das ist sozusagen no na net part of the game.

Müller: Klingt einleuchtend. Aber wie wärs zur Abwechslung einmal mit Sachpolitik?

Huber: Sachpolitik? Nicht böse sein, Müller, aber jetzt sind Sie einmal der Blöde: Mit Sachpolitik kommt man doch heutzutage in den Medien kaum noch vor.

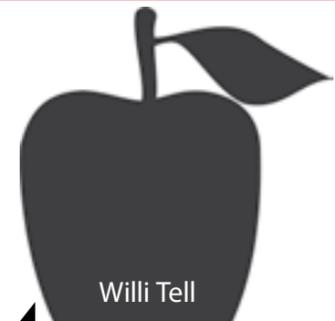
Müller: Deprimierend. Was könnte ich als Kärntner Landespolitiker tun, um medial aufzufallen?

Huber: Lassen Sie mich nachdenken: Milliardenhaftungen für eine hinige Bank übernehmen ... Ortstafeln verrücken ... Dauergrinsen in „Chili“, „Seitenblicken“ und „ATV life“ ... hatten wir alles schon.

Ich habs: Versprechen Sie einem Russen die österreichische Staatsbürgerschaft!

Müller: Aber das hatten wir doch auch schon!

Huber: Dann weiß ich auch nicht mehr weiter.



Willi Tell

## INS SCHWARZE

Jetzt hat man ständig mit Experten zu tun. Die reden über Griechenland und Euro und Bildung und kennen sich irrsinnig aus. Sie können auch irrsinnig gut erklären, warum sie sich gestern überhaupt nicht ausgekannt haben. Und morgen werden sie geschickt erzählen, warum sie sich heute nicht auskennen. Im Nicht-Auskennen sind Experten einfach brillant. Darauf ist Verlass. Ich bin kein Experte. Aber ich kann zum Beispiel gut Eierspeis machen. Alle, denen ich sie kredenzt hab, waren begeistert. Manche nehmen

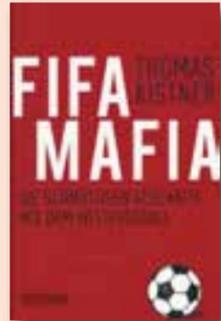
## Ex-äh-perten

Schnittlauch dazu, von mir aus. Aber bei der Eierspeis kommt es aufs Rühren an, das muss man halt mit Liebe machen. Neulich hab ich in einem Wirtshaus Gulasch gegessen, das war gut. Die Köchin nennt sich nicht Expertin, sie macht es einfach. Und sie kann es, und wie! Am Tisch war auch ein Mann, der ist Lokführer. Er hat Schweinsbraten bestellt, mit Knödeln, und das kann sie auch. Der Lokführer hat bei der Arbeit Hunderte Leute im Rücken, die will er gesund dorthin bringen, wo sie hinwollen. Er sieht sich nicht als Experten an, er macht es einfach, Tag für Tag, und er macht es gut. Dann hat sich eine Lehrerin dazugesetzt, keine Bildungsexpertin, sondern eine Frau, die Kinder mag. Was sie über ihrer Salatplatte erzählt hat, einfach so, was sie morgen mit den Gschrappen machen will, hat dem Lokführer gefallen. Und auch dem Willi Tell



FRISCH  
GEPRESST

AUS DER AK-BIBLIOTHEK



**Thomas Kistner:**  
**FIFA Mafia.**

**Die schmutzigen Geschäfte mit dem Weltfußball.**

**Droemer 2012, 426 Seiten**

Fußball ist nicht nur eine Sportart für die Massen, es ist auch ein milliardenschwerer Wirtschaftssektor. In dem der Weltfußballverband FIFA naturgemäß eine gewichtige Rolle spielt. Ob es um die Ausrichtung von Welt- und Europameisterschaften geht oder um Sponsorenverträge bzw. TV-Rechte, überall spielt die FIFA mit. Und nicht erst seit gestern gibt es Gerüchte über Bestechungen, Schmiergeldzahlungen und Korruption.

**Barbara Stelzl-Marx:**  
**Stalins Soldaten in Österreich.**

**Die Innensicht der sowjetischen Besatzung 1945–1955. Oldenbourg 2012**  
**865 Seiten**

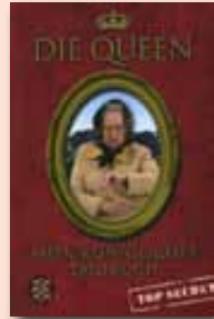
Befreier und Besatzer, Retter und Mörder, Beschützer und Vergewaltiger – das Bild der Roten Armee in Österreich ist bis heute vielschichtig und widersprüchlich. Weltanschaulich und gesellschaftlich trafen hier zwei völlig konträre Lager aufeinander. Mehrere Hunderttausend sowjetische Besatzungsangehörige waren in Österreich stationiert. Umso spannender ist diese Untersuchung aus der Sichtweise der „Anderen“. Aus vielen Ein-



zelerlebnissen vermittelt die Autorin ein interessantes Bild, wie die Soldaten das für sie fremde Land gesehen haben und welchen Eindruck die Bewohner auf sie machten. Und auch, ob und wie sich diese Einschätzungen im Laufe des 10-jährigen Aufenthaltes verändert haben. Nicht zuletzt wird der Frage nachgegangen, welches Bild von Österreich die heimkehrenden Soldaten mitbrachten.

**Die Queen: Mein königliches Tagebuch.**  
**Fischer 2012, 265 Seiten**

„Niemals Gin vor fünf Uhr nachmittags. Gott sei Dank ist im Commonwealth immer irgendwo fünf Uhr nachmittags!“ Autorisiert ist dieses Tagebuch zwar nicht – aber sehr witzig!



**Jeffrey Deaver:**  
**Carte Blanche.**

**Ein James-Bond-Roman.**  
**Blanvalet 2012, 540 Seiten**

Während eines Abendessens mit einer schönen Frau erhält James Bond eine alarmierende Nachricht: Ein verheerender Anschlag wurde angekündigt. Er allein kann die bevorstehende Katastrophe abwenden. Doch nur, wenn er von seinen Vorgesetzten eine „Carte Blanche“ erhält. Mit diesem Freibrief ist er an keinerlei Regeln mehr gebunden. Ein weiteres Buch aus der neuen Moderichtung, wo Autoren altbekannte Klassiker weiterschreiben.

## ZEITENSPRUNG



Am 1. Januar 1977 wurde in Prag die Charta 77 veröffentlicht. In der Erklärung kritisierten 242 Erstunterzeichner die kommunistischen Machthaber wegen der Verletzung der Menschenrechte. Bis 1989 unterzeichneten mehr als 1.800 Bürger dieses im damaligen Ostblock bahnbrechende Dokument.

## Rockband

Unmittelbarer Auslöser der tschechischen Bürgerrechtsbewegung waren die Repressionen des Regimes gegenüber der legendären Untergrund-Band „Plastic People of the Universe“, eine der ersten Bands im ehemaligen Ostblock, die Stücke progressiver westlicher Rockmusiker wie Jimi Hendrix oder Frank Zappa nachspielten. Die direkt nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ gegründete Gruppe war ein wichtiger Anziehungspunkt für eine staatsunabhängige Kulturszene und hatte insbesondere bei jüngeren Menschen Erfolg. Bei einem Konzert im Februar 1976 wurden die Mitglieder der Gruppe inhaftiert und viele der Konzertbesucher ausgiebig verhört. Die Aktion sorgte für nationale und internationale Proteste. Václav Havel selbst sah die Repressionen gegen die Plastic People als „den Angriff des totalitären Systems auf das Leben selbst, auf die menschliche Freiheit und Integrität“, es galt in seinen Augen, einen Präzedenzfall zu verhindern.

Vor 35 Jahren verzeichnete die Dissidentenschar ihr erstes Opfer: Nach einem langen,

harten Verhör verstarb der tschechische Philosoph Jan Patocka am 13. März 1977. Sein Begräbnis, bei dem jeder Trauergast fotografiert und gefilmt wurde, ist zu einem wichtigen Ereignis des Widerstands gegen das kommunistische Regime geworden.

## Flächenbrand

Die Charta 77 war die erste und am längsten operierende Oppositions- bzw. Dissidentenbewegung im ehemaligen Ostblock, die auch andere Länder später zu ähnlichen Bewegungen inspirierte: Im Sommer 1980 erfolgte die Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc in Polen, die aus den Streiks der Danziger Werftarbeiter unter Führung des Elektrikers Lech Walesa hervorgegangen war. Das Geheimnis des polnischen Erfolges lag darin, dass es gelungen war, Arbeiter und Intellektuelle zu vereinen und so eine größere Stärke zu erreichen.

## Helsinki-Impuls

Der Impuls für die Entstehung der Charta war die Veröffentlichung der Schlussakte von Helsinki im Jahr 1975. Diese



Links: Alexander Dubcek, Leitfigur des „Prager Frühlings“ 1968, freut sich 1989 mit Václav Havel, dem Aushängeschild der „Samtenen Revolution“, über die neue Zeit.

(Foto: Justin Leighton/Eyevine/picturedesk)

Rechts: Der ehemalige tschechische Präsident Václav Havel bei einem Konzert der „Plastic People of the Universe“ vor zwei Jahren in Prag (Katerina Sulova/CTK/picturedesk)



## führte zur Charta 77

Schlussakte war auch von den führenden Repräsentanten der damaligen Tschechoslowakei unterzeichnet worden, den damit verbundenen Konsequenzen wurde jedoch nicht Rechnung getragen.

## Haft &amp; Ausbürgerungen

Die Repression folgte postwendend: Die Veröffentlichung sämtlicher Schriften der Charta 77 wurde untersagt, ihre Mitglieder wurden verhaftet, verhört oder des Landes verwiesen. Václav Havel verbrachte einige Monate in Untersuchungshaft. Einige Hundert der Unterzeichner wurden ausgebürgert. Dem Schriftsteller Pavel Kohout wurde 1979 nach einer Reise die Wiedereinreise in die Tschechoslowakei verweigert und die Staatsbürgerschaft aberkannt. Andere haben aus Angst vor Repression ihre Heimat verlassen. Insgesamt sind etwa 300 Unterzeichner ausgewandert.

Aufgrund der Verfolgung erschienen die Texte und Verlautbarungen der Charta 77 in erster Linie auch in führenden westlichen Printmedien, während deren Rundfunk- und Fernsehstationen den

Bürgerrechtlern der Charta sehr große Aufmerksamkeit zukommen ließen. Die Charta 77 verfolgte keine parteipolitischen Ziele. Sie wollte vielmehr mit den politischen und staatlichen Machthabern in einen konstruktiven Dialog treten.

## Aufgabe erfüllt

Diese „unpolitische Politik“ galt als eine Bedingung ihres politischen Programms – doch

gerade deshalb stellte die Dissidentenbewegung für das kommunistische Regime eine Gefährdung für dessen Macht dar. Zumal die Dissidenten bis 1989 insgesamt 572 Dokumente herausbrachten, in denen sie sich offen zu verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen äußerten und dabei vor allem die Verletzung der Menschenrechte anprangerten.

Am 3. November 1992, knapp

drei Jahre nach der politischen Wende in der ehemaligen Tschechoslowakei, stellte die Charta 77 ihre Tätigkeit ein. In ihrer Abschlusserklärung wird konstatiert, dass sie ihre historische Aufgabe erfüllt habe.

Gestaltet und geprägt wurde die Tätigkeit der Charta 77 insbesondere von Dissidenten wie Václav Havel, den Schriftstellern Ludvík Vaculík und Pavel Kohout, dem Historiker Václav Komeda, dem ehemaligen Politiker des Prager Frühlings von 1968, Zdeněk Mlynář, oder auch den beiden Ex-Außenministern Jirí Hájek und Jirí Dienstbier.

## Verboten und gefeiert

Als Schriftsteller war Havel nach dem Prager Frühling 1968 mit einem Publikationsverbot belegt. In absurden Bühnenstücken hatte er die Entfremdung des Menschen thematisiert. Der im Vorjahr verstorbene „tragische Held“ war nach der Samtenen Revolution von 1989 bis 1992 Staatspräsident der Tschechoslowakei und von 1993 bis 2003 Präsident der Tschechischen Republik.

**Rudolf Willgruber**



Lech Walesa beim Streik der Werftarbeiter 1980 in Danzig.

(AFP/picturedesk)

# Semmering-Basistunnel

Projektleitung: Semmering | ÖBB-Infrastruktur  
Baubeginn: April 2012, Bauende: 2024



## Spatenstich für eine neue Bahn-Ära

Mit dem Spatenstich für den Semmering Basistunnel in Gloggnitz endet eine Ära der Streitereien: ÖBB Chef Christian Kern und Verkehrsministerin Bures freuten sich mit den Landeshauptleuten Franz Voves und Erwin Pröll. Der zwei röhrlige Eisenbahntunnel soll Ende 2024 fertiggestellt sein und spürbare Erleichterung für den Güter- und Personenverkehr bringen. Für Reisende verkürzt sich die Fahrzeit zwischen Graz und Wien um rund 40 Minuten auf knapp zwei Stunden. In der bisher dafür benötigten Fahrzeit soll man nach der Eröffnung von Semmeringtunnel und Koralmbahn von Klagenfurt über Graz nach Wien gelangen. Der Endausbau ermöglicht eine Fahrgeschwindigkeit von bis zu 230 km/h. (Hochmuth/APA/picturedesk)

## AK-Preise für Übungsfirmen

„Arbeitsvertrag“ lautete das Thema des AK Wettbewerbes für steirische Übungsfirmen an HAK und HASCH, unterstützt von der Gewerkschaft GPA djp. Die SchülerInnen hatten in ihrer fiktiven Firma Lösungen für ein Beispiel aus dem Arbeitsalltag zu finden. Anfang Mai wurden bei einer Feierstunde, umrahmt von der Schulband der HAK Deutschlandsberg, Zertifikate und Preise an die erfolgreichen Praktiker übergeben. Der erste von drei Geldpreisen im Wert von jeweils 500 Euro ging an die Übungsfirma der HAK/Hasch Voitsberg. AK Vizepäsidentin Gerda Bacher und Arge Leiterin MMag. Helga Gapp gratulierten den beiden Siegerinnen.



## „Nervensäge“ im Schultrott

Als „Nervensäge“ für Lehrwerke werkschafter und Landesfürsten betätigte sich Bernd Schilcher bei der Vorstellung seines Buches „Bildung nervt!“ im kleinen Kammeraal. Der ÖVP Rebell fordert eine gemeinsame ganztägige Schule der 10- bis 15 Jährigen, „weil 80 Prozent der europäischen Länder Ganztagschulen“ haben. Österreich leide an einer „strukturellen Feigheit“ vor Veränderungen; vom Standpunkt einer „Bildungsgerechtigkeit“ aus müsse man das Potenzial der bildungsfernen Schichten heben.



## bfi-Stadtfliker ist umweltfreundlich

Komfortabel, dynamisch und originell ist der neue Zweisitzer des bfi Steiermark, der ab sofort im innerstädtischen Verkehr in Graz als neuer Werbeträger eingesetzt wird. Mit diesem City Flitzer mit Elektroantrieb zeigt das bfi, dass es nicht nur von Green Jobs redet, sondern auch darin ausbildet und umweltfreundlich fährt. Davon überzeugen konnten sich AK Präsident Walter Rotschädl, ÖGB Vorsitzender Horst Schachner sowie bfi Geschäftsführer Wilhelm Techt. (Fotos: Langmann)



## Runderneuert

Mit einem Kostenaufwand von 2,1 Millionen Euro wurde die AK Außenstelle Hartberg vom Keller auf generalsaniert. Entstanden ist ein Niedrigenergiehaus mit Fotovoltaikanlage. Mit voller Energie werden damit die rund 15.000 AK Mitglieder im oststeirischen Bezirk von Außenstellenleiter Johannes Hirmann und seinem Team unterstützt.



## Moderne Ikonen

Gartenzwerge, Mickey Mouse und das PEZ Girl bevölkern Bilder von Berenike Wasserthal Zuccari in der AK Galerie. Die Grazer Künstlerin

bringt liebevoll und hintergründig moderne Ikonen in Zusammenhänge mit Menschen, die Schau ist bis Anfang September zu sehen. (Langmann)



## Schulzeit auf Lehre anrechnen

Für eine verbindliche Anrechnung der Schulzeit auf eine Lehre kämpft die AK Jugend mit dem „Bündnis Berufsberechtigung“. Durch die Blockadehaltung der Wirtschaftskammer werden Tausende BMHS AbsolventInnen in die für Firmen billigere Lehre gedrängt, kritisierte Alexander Perissutti bei einer Veranstaltung für Schüler und Lehrer: Das Ignorieren der Schulzeit sei „Zeit- und Lohnraub“, mit Unterschriftenaktionen fordert man eine Reform.



## Urlaubsgrüße

Mit Reiseinfos und Wasserballen begleitet die AK abfliegende Urlauber am Flughafen Graz in die schönste Zeit des Jahres. Die Reisepräsenten werden im Juli und August an Wochenenden in der Abflughalle verteilt, für die Daheimgebliebenen gibt's Reisewasserbälle in den großen Freibädern. Mit dieser Aktion will die Arbeiterkammer zu einem perfekten Urlaubsvergnügen beitragen, erklärt AK Präsident Rotschädl zum Start der Sommeraktion.

**MOFF** HADERERS FEINES SCHÜNDHEFTL

www.onlinemoff.at



# Chancen für Jugendliche -

**Ein modernes** Ausbildungszentrum für arbeitsmarktpolitisch benachteiligte Jugendliche eröffnete Jugend am Werk in Liezen.

Das Ausbildungszentrum in der Nähe des Wirtschaftsparks bildet mehr als 200 Jugendliche mit dem Ziel der beruflichen Orientierung,



AK Präsident Walter Rotschäd mit JaW Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Anna Rieder im neuen Ausbildungszentrum von Jugend am Werk in Liezen (Foto: JaW)

Vorbereitung und Qualifikation aus. Angeboten wird eine Lehrausbildung in den Bereichen Metall/Holz, Gastronomie und Reinigung/Wäschepflege. Für die Einrichtung hat die Arbeiterkammer einen wichtigen Beitrag geleistet und Maschinen der Holz- und Metallwerkstatt finanziert.

In der angeschlossenen Tageswerkstätte haben 42 Menschen mit intellektueller und körperlicher Behinderung die Möglichkeit, arbeitsmarktrelevante Fertigkeiten zu entwi-

ckeln und ein größtmögliches Maß an Selbstständigkeit zu erreichen.

Im um rund 3,5 Millionen Euro errichteten Haus sind nun erstmals alle Angebote – von der integrativen Berufs-

ausbildung über die überbetriebliche Lehrausbildung für Jugendliche bis hin zu den Werkstätten und mobilen Diensten für Menschen mit Behinderung – an einem Ort zusammengeführt.

## ZAK impressum

**Medieninhaber:** Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 8020 Graz, Hans-Resel-Gasse 8–14, Tel.: 05 7799 • www.akstmk.at • **Redaktion:** Rudolf Willgruber (Leitung), Dr. Michaela Felbinger, Mathias Grilj, Gerhard Haderer, Berndt Heidorn, Stephan Hilbert, Mag. Ursula Jungmeier-Scholz, Günther Terpotitz • **Lektorat:** Efi Papst • **Produktion:** Reinhold Feimuth • **Druck:** a-Print • **Auflage:** 342.000 Stück